

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Sutthausen (1)

am Mittwoch, 7. März 2007

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.35 Uhr

Ort: Beschützende Werkstätten, Industriestraße 7

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Ratsmitglied Herr Dr. Thiele

von der Verwaltung: Stadtrat Herr Sliwka
Herr Behla, Architekturbüro Buckebrede - Pohl - Behla, Osnabrück
Herr van den Beld, Fachbereich Städtebau
Herr Klein, Eigenbetrieb Immobilien und Gebäudemanagement
Herr Schierhold, Unterhaltungsverband 96 „Obere Hase“
Herr Werges, Fachbereich Umwelt

Protokollführung: Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Anregungen und Wünsche
- 2 Stadtentwicklung im Dialog
- 3 Von Bürgern und Vereinen angemeldete Tagesordnungspunkte:
 - a) Auswirkungen des Orkans „Kyrill“
 - b) Sachstand Sporthallenbau
 - c) Auslastung der Grundschule Sutthausen
 - d) Auslastung der Kindertagesstätten in Sutthausen
 - e) Förderung der Jugendarbeit
 - f) Parksituation am Sutthausener Bahnhof
 - g) Geschwindigkeitsdisplay am ev. Kindergarten
 - h) Sachstand Bebauungsplan Eichenkamp
 - i) Weiterführung der historischen Landwehr
 - j) Sachstand zur Errichtung eines Mobilfunkmastes auf dem Gelände des Sportplatzes
 - k) „An der Sutthausener Mühle“: Planung zur Ansiedlung eines handwerklichen bzw. Gartenbaubetriebes
 - l) Bushaltestelle an der Hermann-Ehlers-Straße in Höhe der Einmündung zur Gartenstraße
 - m) Kinderbetreuung in Sutthausen (Erweiterung der Tagesordnung)

Herr Dr. Thiele begrüßt ca. 70 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder Frau Galitz, Herrn Hus und Frau Sliwka. Die Vertreter der Verwaltung und die Gäste stellen sich ebenfalls vor.

1. Anregungen und Wünsche (TOP 1)
--

a) Ein Bürger bittet, am Radweg an der Hermann-Ehlers-Straße (stadteinwärts gesehen links vor der Autobahnbrücke) darauf zu achten, dass das Grün und die Gehölze regelmäßig zurückzuschneiden, da die Radfahrer ansonsten behindert werden.

b) Herr Pabst teilt mit, dass am Beginn der Winkelstraße Straßenschilder umgefahren wurden.

c) Eine Bürgerin bittet die Stadtwerke zu prüfen, ob der 1-Stunden-Takt der Busse im Gewerbegebiet Sutthausen verkürzt werden kann.

2. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 2)
--

Die aktuellen Vorhaben werden unter dem Tagesordnungspunkt 3 behandelt.

3. Von Bürgern und Vereinen angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 3)
--

3 a) Auswirkungen des Orkans „Kyrill“

Herr Werges teilt mit, dass Überschwemmungen solcher Dimension nicht durch wasserwirtschaftliche Möglichkeiten verhindert werden können. Eine Vergrößerung des Durchlasses der Düte würde nur bewirken, dass Unterlieger wie z. B. der Stadtteil Hellern Nachteile erleiden würden. Aus rechtlicher Sicht sei so etwas kaum durchzusetzen. Kontakte mit der Stadt Georgsmarienhütte bestehen nach wie vor. Dort gibt es aber keine konkreten Planungen, da die entsprechenden Flächen nicht angekauft werden können.

Herr Schierhold vom Unterhaltungsverband „Obere Hase“ führt aus, dass man sich angesichts dieses Ereignisses mit der Problematik auseinandersetzen müsse. Allerdings würden auch vom Unterhaltungsverband keine Möglichkeiten gesehen, die Auswirkungen eines solchen Starkregenereignisses zu verhindern. Aufgrund des Klimawandels müsse in Zukunft damit gerechnet werden, dass solche Vorkommnisse öfter und in stärkerem Umfang auftreten. Eine in der Umflut liegende Baumkrone war im Übrigen nicht Ursache der Überschwemmung. Das Wasser konnte dort noch durchfließen, der Rückfluss hat dann das Marienheim erreicht. Die Abflussquerschnitte an der alten Sutthausener Mühle sowie an der Von-Korff-Allee könnten zwar bautechnisch noch optimiert werden, allerdings stehen die Anlagen unter Denkmalschutz. Das grundsätzliche Problem, die fehlende Abflussmöglichkeit des Wassers aufgrund der Flächenversiegelung, ließe sich damit nicht lösen. Die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens in Georgsmarienhütte sei sicherlich erforderlich. Allerdings müsse der gesamte Flusslauf betrachtet werden, da ansonsten die Probleme nur auf die anderen Stadtteile verschoben würden. Der Erhalt der erforderlichen Überschwemmungsgebiete sei vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Für den Bereich des Marienheims empfiehlt Herr Schierhold dringend, entsprechende Schutzmaßnahmen vorzunehmen.

Herr Dr. Thiele teilt außerdem die Stellungnahme des Fachbereiches Umwelt, untere Waldbehörde mit, die sich auf die Anfrage zu Aufforstungen der durch den Orkan in Mitleidenchaft gezogenen Waldflächen in Sutthausen bezieht:

Die Wiederaufforstung der durch den Sturm zerstörten Waldflächen ist weder genehmigungs- noch anzeigepflichtig, so dass die Stadt Osnabrück als Waldbehörde nur in Einzelfällen davon erfährt.

Derzeit sind die Waldbesitzer mit Unterstützung ihrer Beratungsförster voll mit den Aufräum- und Bergungsarbeiten befasst. Dies gilt auch für die Evangelischen Stiftungen. Dort hofft man, bis zum Herbst 2007 den größten betroffenen Flächenanteil aufgearbeitet zu haben. Es ist dann vorgesehen, die vernichteten Nadelholzbestände in standortgerechten Laubwald umzuwandeln.

Die Stadt Osnabrück ist nicht in der Lage, die Wiederaufforstung Dritter zu unterstützen.

Es darf aber erwartet werden, dass das Land Niedersachsen das bisherige Programm zur Förderung von Wiederaufforstungsmaßnahmen im Jahre 2007 fortsetzt. Eine Entscheidung hierüber wird laut fernmündlicher Auskunft aus dem Landwirtschaftsministerium für die nächsten Tage erwartet. Dies würde bedeuten, dass auch die Evangelischen Stiftungen entsprechende Förderungen erhalten können. Ausgenommen bleiben aber wohl die Kommunalwaldflächen (Waldflächen im Besitz der Gebietskörperschaften) in den Oberzentren Niedersachsens, sodass die Stadt Osnabrück wie bisher nicht begünstigt würde. Die Bekanntgabe des Förderprogramms bleibt zunächst abzuwarten.

Für Unternehmen der Forstwirtschaft, die durch die Sturmschäden des Orkans in Liquiditätsengpässe geraten sind, hat das Land Niedersachsen bereits ein mit 10 Millionen € dotiertes Hilfsprogramm „Sturmschäden durch Kyrill“ aufgelegt. Betroffene Betriebe erhalten auf Antrag zinsverbilligte Liquiditätshilfekredite. Dieses Programm wird über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Rentenbank abgewickelt.

Ein Bürger fragt, ob die Schneisen in den Waldflächen nicht die Lärmemissionen verstärken.

Herr Dr. Thiele weist darauf hin, dass erfahrungsgemäß Gehölzflächen mit einer geringen Flächentiefe kaum Auswirkungen für den Lärmschutz haben.

Weiterhin wird von einem Bürger darauf hingewiesen, dass im Wasserlauf der Düte noch umgestürzte Bäume liegen.

Ein Bürger bittet darum, in der Presse bekannt zu geben, wann die gesperrten Waldflächen wieder betreten werden können.

Anmerkung der Verwaltung zu Protokoll: Es gibt kein generelles Betretungsverbot der Wälder, dennoch sollten Spaziergänger aufgrund der noch einige Zeit andauernden Aufräumarbeiten nach wie vor besonders umsichtig sein.

3 b) Sachstand Sporthallenbau

Herr Klein stellt die Planung für die Parkflächen an der neuen Sporthalle vor: 25 Stellplätze werden zwischen der Grundschule und der Sporthalle eingerichtet, dazu zwei Behinderten-Parkplätze am Eingang der Halle.

Herr Behla erläutert den aktuellen Stand der Planung mit den zwischenzeitlich vorgenommenen Änderungen. So werden u. a. der Anteil der Verglasungen reduziert und im Innenraum größere Mauerwerk-Sichtflächen verwendet. Die Fertigstellung werde vor dem neuen Schuljahr im Sommer 2007 erfolgen.

Ein Bürger spricht die Kostensteigerung an und bezieht sich auf die Berichterstattung in der Presse. Weiterhin erkundigt er sich, wie mit der alten Sporthalle verfahren wird.

Herr Kohlbrecher fragt, wie hoch die Kosteneinsparungen durch die veränderte Planung konkret sind und gibt zu bedenken, dass der Wegfall der ursprünglich vorgesehenen Fensterbandes am oberen Rand der Halle zu höheren Unterhaltungskosten für die Beleuchtung führen wird.

Herr Klein führt aus, dass die Kostensteigerungen konjunkturell bedingt seien. Durch eine gesteigerte Nachfrage ziehen die Preise an. Zudem ist die Verwaltung an die Vorgaben des öffentlichen Vergaberechts gebunden, das sehr strikte Regelungen enthält. So führen z. B. Formfehler in Angebotsunterlagen dazu, dass kostengünstigere Angebote ausgeschlossen werden müssen. Die Vertragsangelegenheit mit dem Architektenbüro sei ein schwebendes Verfahren, über das keine Auskunft gegeben werden könne. Hinsichtlich der Beleuchtung wurde ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit anderen Sporthallen gefunden. Vereinssportler haben andere Bedürfnisse als der Schulsport. Glasflächen seien zudem in der Unterhaltung kostenaufwändiger und benötigten zusätzlichen Sonnenschutz. Ursprünglich sei für den Bau ein Betrag von 1,7 Mio. Euro festgelegt worden. Darüber hinaus wurden durch die politischen Gremien 300.000 Euro nachbewilligt, von denen nun die Einsparungen wieder abgezogen würden. Die genaue Höhe könne noch nicht beziffert werden.

Herr Stadtrat Sliwka ergänzt, dass sich die zuständigen politischen Gremien intensiv mit der Kostenfrage auseinandergesetzt haben. Nun müsse das weitere Verfahren abgewartet werden. Weiterhin teilt er mit, dass der Sportverein Rot-Weiß Sutthausen sich bereit erklärt hat, einen Betrag von 40.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Hälfte davon ist für die Einrichtung eines Büroraumes in der Sporthalle, die andere Hälfte für den Abriss der alten Halle vorgesehen.

3 c) Auslastung der Grundschule Sutthausen

Herr Stadtrat Sliwka teilt mit, dass es entgegen dem allgemeinen Trend eine erfreulich hohe Zahl von Anmeldungen in Sutthausen gebe, was nicht zuletzt auf das Baugebiet Talstraße zurückzuführen sei.

Weiterhin trägt er die Stellungnahme des Fachbereiches Schule/Sport vor:

Im Schuljahr 2006/2007 gibt es in der Grundschule Sutthausen 10 Klassen. Diesen Klassen stehen neun allgemeine Unterrichtsräume und ein zum allgemeinen Unterrichtsraum umfunktionierter EDV-Raum zur Verfügung. Darüber hinaus sind drei Gruppenräume, ein Werkraum und eine Lehrküche vorhanden. Derzeit liegen der Schule für das neue Schuljahr 57 Anmeldungen vor; daraus könnten drei Klassen gebildet werden. Die Schule würde dann insgesamt über 11 Klassen verfügen. Da in den 57 Anmeldungen so genannte Kann-Kinder enthalten sind, die möglicherweise noch zurückgestellt werden, muss die Situation bis zur endgültigen Entscheidung darüber beobachtet und dann entsprechend reagiert werden.

3 d) Auslastung der Kindertagesstätten in Sutthausen

und

3 m) Kinderbetreuung in Sutthausen

werden gemeinsam behandelt.

Herr Stadtrat Sliwka trägt die Stellungnahme des Fachbereiches Kinder, Jugendliche und Familien zur aktuellen Kindertagesituation vor:

Im kath. Kindergarten St. Maria König des Friedens sind drei Gruppen mit insgesamt 75 Plätzen. Alle 75 Plätze sind belegt, Stand: Februar 2007. Das Gleiche gilt für die Auslastung des vom Träger und den Eltern finanzierten Spielkreises. Im ev. Apostelkindergarten an der Hermann-Ehlers-Straße sind ebenfalls drei Gruppen. Von diesen drei Gruppen mit insgesamt 75 Plätzen sind lediglich derzeit 62 Plätze belegt. Die drei Gruppen werden trägerseitig

vorgehalten. Die Heilpädagogische Hilfe ist Träger des Waldkindergartens, der 15 Plätze vorhält, die auch voll belegt sind.

Zur Situation nach den Sommerferien und zur Frage der Kinderbetreuung teilt Herr Stadtrat Sliwka folgende Stellungnahme mit:

Die Anmeldesituation in allen Kindergärten ist noch nicht abgeschlossen. Nach Mitteilung des kath. Kindergartens sind noch sechs Plätze zu vergeben, die jedoch im Rahmen der weiteren Anmeldesituation auch angenommen werden dürfen. Im ev. Apostelkindergarten zeichnet sich derzeit ab, dass die Anmeldesituation auch zum Sommer weiter rückläufig ist. Um den politischen Vorgaben des Rates zum Ausbau der Tagesbetreuung in Osnabrück und der Verbesserung der Angebote für unter 3-jährige Rechnung zu tragen, für die Verwaltung derzeit Gespräche mit der Apostel-Kirchengemeinde und dem Kindergarten, um möglichst Umstrukturierungen zu erreichen, damit die Angebote aufgrund rückläufiger Kinderzahlen für unter 3-jährige konzeptionell umgesetzt werden können. Im Waldkindergarten ist bereits jetzt klar, dass ab Sommer 2007 die 15 Plätze weiter voll besetzt sein werden.

Weiterhin berichtet Herr Sliwka, dass geplant sei, in der Grundschule Sutthausen einen Hort einzurichten. Grundsätzlich soll für alle Grundschulen Osnabrücks in diesem oder im nächsten Jahr eine Nachmittagsbetreuung bzw. ein Hortangebot realisiert werden.

3 e) Förderung der Jugendarbeit

Auf die Anfrage zu Fördermöglichkeiten für den sog. Jugendkeller der Kath. Kirchengemeinde Maria Königin des Friedens in Sutthausen teilt Herr Stadtrat Sliwka folgendes mit:

Die Stadt Osnabrück, Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien, fördert die Jugendarbeit der Jugendverbände und damit auch der Kirchengemeinde nach Richtlinien. Nach diesen Richtlinien können Zuschüsse beantragt werden für

- Ausstattungsgegenstände, wie z. B. Einrichtung von Jugendräumen, Spielgeräte, Zelte für Jugendfahrten usw.
- Fahrten, Freizeiten, Zeltlager
- Internationale Jugendbegegnungen
- Ausbildungslehrgänge für Jugendleiter/-innen
- Sanierung von Jugendräumen.

Die Förderbelange der Jugendverbände werden in diesem Rahmen jährlich und somit kontinuierlich mit rd. 185.000 € durch die Stadt Osnabrück unterstützt.

Die Kirchengemeinde Maria König des Friedens stellt regelmäßig Anträge nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendverbände und hat dadurch in den letzten Jahren Ausstattungsgegenstände für ihre Jugendarbeit, Fahrten und Jugendlager sowie Lehrgänge zur Ausbildung ihrer Jugendleiter/-innen durch den Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien gefördert bekommen. Ein darüber hinaus gehender Förderbedarf der Kath. Kirchengemeinde für ihre Jugendarbeit ist der Verwaltung gegenüber nicht thematisiert worden.

Herr Dr. Thiele empfiehlt den Vereinen und Kirchengemeinden, darüber hinaus persönliche Kontakte zu knüpfen, um weitere Förderungen einzuwerben.

3 f) Parksituation am Sutthausener Bahnhof

Herr van den Beld stellt die Situation am Sutthausener Bahnhof vor. Durch die vielfältigeverkehrliche Beanspruchung des Bereiches (wartende und fahrende Busse, Pendler, Bus- und Bahnfahrer, Besucher der Gaststätte und des Ateliers Trieb) entsteht eine gewisse Unübersichtlichkeit. Darüber hinaus ist ein Mangel an geeigneten Abstellplätzen festzustellen, der durch entsprechende Planungen gemindert werden soll. Die Verkehrskommission hat sich mit dem Thema befasst. Für eine eindeutige Verkehrsführung wird überlegt, den Bahnhofs-

vorplatz neu zu asphaltieren und zu markieren. Zurzeit wird geprüft, ob der private Parkplatz des Gasthauses genutzt und erweitert werden kann. Vor dem Gebäude der freiwilligen Feuerwehr an der St.-Florian-Straße sollen im Seitenbereich sechs Stellplätze in Senkrechtaufstellung eingerichtet werden. Gegen zwei weitere Flächen für Parkmöglichkeiten (eingegrenzt durch Riesenallee, Trafo-Station, Bahndamm und Hermann-Ehlers-Straße bzw. Teilstück der Ackerfläche zwischen Wohnhäusern Am Sutthäuser Bahnhof 13 und 19) bestehen verschiedene Vorbehalte, so dass diese Planungen zurzeit nicht weiter verfolgt werden. Mit Herrn Trieb wurde vereinbart, dass er bei Einladungen zu Veranstaltungen auf die verschiedenen Parkmöglichkeiten im Umfeld hinweist. Die weitere Entwicklung solle stufenweise verbessert und regelmäßig beobachtet werden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die o. g. sechs Stellplätze an der St.-Florian-Straße zu Problemen führen. Vor kurzem entstand die Situation, dass die städtischen Fahrzeuge mit den Grünabfallcontainern hier nicht mehr durchfahren konnten, wodurch ein Stau entstand. So könne die Lage direkt am Kindergarten schnell zu Gefahrensituationen für die kleinen Kinder führen.

Ein Bürger regt an, die Nutzung des Haller Wilhelm attraktiver zu machen und bittet zudem darum, für die Bushaltestelle der Linie 7 am Bahnhof eine Überdachung zu installieren. Auch der Fahrradstand für den Haller Wilhelm müsste eine Überdachung erhalten. Weiterhin wäre eine öffentliche Telefonzelle an diesem Platz sinnvoll.

Herr Petersmann teilt mit, dass der Bürgerverein Sutthausen bei den Stadtwerken Osnabrück angefragt habe, ob die Tarifgrenze nach Holzhausen verschoben werden könne, um das Parken der Pendler im Bahnhofsbereich zu vermeiden. Dies wurde verneint.

3 g) Geschwindigkeitsdisplay am ev. Kindergarten

Herr van den Beld führt aus, dass an der Hermann-Ehlers-Straße im Bereich Sutthäuser Bahnhof zur Unterstützung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 ein Dialog-Geschwindigkeitsdisplay aufgestellt wurde. Das Display steht hinter der Bahnschranke, vor der Mittelinsel (stadteinwärts gesehen). Weiterhin stellt er die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen dar (siehe Tabelle). Da dieses Display durchaus Wirkung zeigt, soll es bis auf weiteres an diesem Standort verbleiben.

Dialog-Display Hermann-Ehlers-Straße (T-30-Bereich)

Tag	Anzahl Fahrzeuge	Eintrittsgeschwindigkeit (Durchschnitt)	Austrittsgeschwindigkeit (Durchschnitt)	Verminderung (Durchschnitt)
Do. 15.02.	3812	36,93 km/h	36,18 km/h	2,39 km/h
Fr. 16.02.	4197	37,77 km/h	37,03 km/h	2,66 km/h
Sa. 17.02.	3421	38,17 km/h	37,50 km/h	2,15 km/h
So. 18.02.	2862	39,91 km/h	38,90 km/h	2,30 km/h
Mo. 19.02.	3887	37,33 km/h	36,50 km/h	2,67 km/h
Di. 20.02.	4064	36,57 km/h	35,64 km/h	2,65 km/h
Mi. 21.02.	4068	37,13 km/h	36,23 km/h	2,42 km/h

Ein Bürger fragt, ob vor der Schranke ein Hinweissignal installiert werden kann.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass in diesem Streckenverlauf kaum schneller als 30 km/h gefahren werden könne. Wesentlich problematischer sei die Situation in der Gegenrichtung vor dem Bahnübergang, da die Straße wesentlich breiter sei und zum schnelleren Fahren verleite.

Herr Dr. Thiele bestätigt dies und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob z. B. Maßnahmen zur Einengung und damit zur Verlangsamung des Verkehrs möglich seien.

3 h) Sachstand Bebauungsplan Eichenkamp

Herr van den Beld erläutert, dass im Jahr 2004 beschlossen wurde, durch eine umfassende Bebauungsplanänderung grundsätzlich das Bauen in zweiter Reihe zu ermöglichen statt Einzelfallgenehmigungen zu erteilen. Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung Ende 2004 hat sich gezeigt, dass der Großteil der in Frage kommenden Grundstücksbesitzer, vor allem im Bereich der Straße "Zum Eichenkamp", dies nicht befürwortete. Nach einer intensiv geführten politischen Diskussion wurde Anfang 2006 beschlossen, die B-Plan-Änderung nicht durchzuführen. Nach der Kommunalwahl wurde diesen Beschluss revidiert. Im Dezember 2006 wurde beschlossen, die ursprüngliche Planung wieder aufzunehmen. Zurzeit liegen dem Fachbereich Städtebau keine Anträge auf Bebauung vor. Daher ist die Bebauungsplan-Änderung in der Prioritätenliste des Fachbereiches nicht als vorrangig eingestuft, so dass zum zeitlichen Rahmen (z. B. für die erneute frühzeitige Bürgerbeteiligung) keine Aussagen gemacht werden können. Über die Inhalte der Änderungsplanung würden zu gegebener Zeit die städtischen Ratsgremien entscheiden.

Ein Bürger kritisiert die wechselnden Entscheidungen und erkundigt sich noch einmal nach dem Grund dafür.

Herr Dr. Thiele erläutert, dass es bei dieser Angelegenheit in den Fraktionen unterschiedliche Auffassungen gab. Grundsätzlich wird in Bebauungsplanverfahren die Verwaltung aufgrund von Anregungen aus der Bürgerschaft tätig.

Herr Hus führt aus, dass für die Entwicklung des Stadtteils diese Möglichkeit der Bebauung auf den vorhandenen, relativ großen Grundstücken sinnvoll sei. Ob Grundstücke tatsächlich bebaut werden, entscheiden natürlich die Grundstücksbesitzer selber.

3 i) Weiterführung der historischen Landwehr

Herr van den Beld stellt den Verlauf der historischen Landwehr sowie die schon vorhandene bzw. geplante Wegeführung vor. Die Stadt Osnabrück wird weiterhin versuchen, entsprechende Flächen anzukaufen. Die Fläche südlich des Lebensmitteldiscounters Aldi wurde vom Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe bereits grob modelliert und wird in nächster Zeit nachbearbeitet. Ende März/Anfang April soll die Bepflanzung erfolgen.

Herr Pabst begrüßt ausdrücklich die Rekonstruktion der historischen Anlage und appelliert an die Verantwortlichen, diese so schnell wie möglich zu vervollständigen.

3 j) Sachstand zur Errichtung eines Mobilfunkmastes auf dem Gelände des Sportplatzes

Herr van den Beld teilt mit, dass die Baugenehmigung für den Standort auf dem Parkplatz des Sportvereins Ende 2006 erteilt wurde. Auf Nachfrage bei dem Betreiber wurde mitgeteilt, dass im 3. Quartal 2008 der Sendebetrieb aufgenommen werden soll.

Herr Pabst weist darauf hin, dass der ehemalige Ortsrat sich gegen die Aufstellung ausgesprochen hat und fragt, wie sich die Rechtslage für solche Genehmigungen darstellt.

Eine weitere Bürgerin spricht die Strahlenbelastung an und fragt, warum ausgerechnet ein Standort in der Nähe des Kindergartens und einer Kirche ausgewählt wurde, bei dem es sich zudem um ein städtisches Grundstück handle.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, ob für diesen Standort Reichweitenmessungen vorgenommen wurden. An der Sutthausen Straße und im Industriegebiet wurden bereits Masten installiert.

Weiterhin wird gefragt, ob Anlieger bei solchen Vorhaben ein Mitspracherecht hätten.

Anmerkung der Verwaltung zu Protokoll:

Die Mobilfunknetzbetreiber haben im Zusammenhang mit der Vergabe der UMTS-Lizenzen eine gesetzliche Verpflichtung zu einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung übernommen. Städte und Gemeinden haben in Fragen der Telekommunikation - und damit auch beim Ausbau der Mobilfunknetze - keine eigene gesetzgeberische Kompetenz. Ihr gesetzlich geregelter Handlungsspielraum ist begrenzt.

Für die Genehmigung einer Sendeanlage gelten die folgenden, gesetzlich vorgeschriebenen Schritte:

- Die Betreiber stellen alle für die Sicherheitsbetrachtung relevanten Betriebsdaten der Anlage (Bauplan, Antennen, Sendeleistung, Senderichtung) der Bundesnetzagentur zur Verfügung.
- Die Bundesnetzagentur ermittelt den konkreten Sicherheitsabstand, der erforderlich ist, um den nach der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (26. BImSchV) vorgeschriebenen Grenzwert unterschreiten zu können. Sie geht dabei von der theoretisch maximal möglichen Leistung der Gesamtanlage aus, die im täglichen Betrieb nur äußerst selten erreicht wird. Außerdem werden alle vor Ort bereits vorhandenen relevanten Sendeanlagen in die Berechnung des Sicherheitsabstandes einbezogen.
- Für jede technische Änderung an der Anlage, die Auswirkungen auf den Sicherheitsabstand hat, ist vom jeweiligen Mobilfunkbetreiber eine neue Bescheinigung (Standortbescheinigung) bei der Bundesnetzagentur zu beantragen.

Die im Jahre 1996 in Kraft getretene 26. BImSchV (Verordnung über elektromagnetische Felder) gilt für die Errichtung und den Betrieb von Hochfrequenz- und Niederfrequenzanlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden und nicht einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) bedürfen. Sie enthält Anforderungen zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen und zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder. Die 26. BImSchV regelt auch die Voraussetzungen für den Betrieb von Mobilfunkanlagen: Sie benennt die geltenden Grenzwerte und verweist auf die einzuhaltenden Verfahren.

Da die Antennenanlage, einschließlich des Mastes, eine Höhe von mehr als 10 m aufweist, handelt es sich hierbei um eine baurechtlich genehmigungsbedürftige Baumaßnahme im Sinne des § 68 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO). Eine Beteiligung der umliegenden Nachbarschaft des Baugrundstückes war im Baugenehmigungsverfahren nicht erforderlich, da Nachbarrechte von der baulichen Anlage nicht verletzt werden.

Für die sich auf der Antennenanlage befindliche Funkanlage ist eine Standortbescheinigung zum Nachweis der Gewährleistung des Schutzes von Personen in den durch den Betrieb von ortsfesten Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern erforderlich. Die Ausstellung einer solchen Standortbescheinigung liegt, wie oben dargestellt, im Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur.

Für den Standort Ernst-Stahmer-Weg liegt die erforderliche Standortbescheinigung vor. Danach werden die gesetzlichen Emissions-Grenzwerte außerhalb eines einzuhaltenden standortbezogenen Sicherheitsabstandes eingehalten. Die für die Antennenanlage beantragte Baugenehmigung wurde im November 2006 von der Stadt Osnabrück erteilt.

3 k) „An der Sutthausen Mühle“: Planung zur Ansiedlung eines handwerklichen bzw. Gartenbaubetriebes

Herr van den Beld teilt mit, dass ein Osnabrücker Garten- und Landschaftsbaubetrieb ein Grundstück zwischen der Straße "An der Sutthausen Mühle" und der Eisenbahnstrecke er-

worben hat, um dort eine landwirtschaftliche Tätigkeit auszuüben. Die Fläche sei für die Pflanzenaufzucht vorgesehen. Weiterhin soll ein Gebäude errichtet werden, das der Unterstellung von Gerätschaften und eines Lieferwagens sowie der Lagerhaltung dienen und Sozialräume für die Arbeitskräfte (Umkleiden, WC usw.) beinhalten wird.

Ein Bürger fragt nach, ob der Antrag bereits genehmigt wurde. Er befürchtet, dass die Fahrzeuge des Betriebes den Wanderweg beschädigen könnten.

Hierzu berichtet Herr van den Beld, dass der Bauantrag zurzeit in der Verwaltung bearbeitet wird. Sofern der Antrag die Voraussetzungen des § 35 Baugesetzbuch für das sog. „Bauen im Außenbereich“ erfüllt, kann die Behörde ihn nicht ablehnen.

3 I) Bushaltestelle an der Hermann-Ehlers-Straße in Höhe der Einmündung zur Gartenstraße

Herr van den Beld teilt mit, dass die Bushaltestelle aufgrund der regen Nutzung bestehen bleiben soll. Der Ausbau (Wartehäuschen, Fahrradabstellplätze) soll zusammen mit der Umgestaltung der Hermann-Ehlers-Straße erfolgen, die für 2010 geplant ist. Die Verkehrskommission hat einen Ortstermin durchgeführt. Eine Zählung hat ergeben, dass morgens kaum Kinder die Straße an dieser Stelle queren. Ein Zebrastreifen kann nicht installiert werden, da der Straßenabschnitt mehrspurig ist.

Ein Bürger weist darauf hin, dass Kinder mittags die Straße queren müssen und daher Sicherungsmaßnahmen auf jeden Fall wichtig seien.

Ein Bürger fragt, ob an dieser Stelle eine Bedarfsampel installiert werden kann.

Ein weiterer Bürger weist darauf hin, dass gerade durch die Mehrspurigkeit die Probleme entstehen. Da die Bushaltestelle von den Bürgern angenommen wird, ergibt sich dort ein entsprechender Fußgängerverkehr.

Herr Dr. Thiele bestätigt, dass die Verkehrssituation in dem Bereich verbessert werden müsse. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob hierzu Maßnahmen möglich sind (z.B. Fahrbahnmarkierung erneuern).

Herr Hus weist darauf hin, dass die vorgesehene Umgestaltung der Hermann-Ehlers-Straße darauf abzielen solle, die Geschwindigkeiten zu reduzieren im Rahmen der Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Herr Dr. Thiele dankt den Zuhörerinnen und Zuhörern für ihr Interesse und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Hoffmann

Protokollführerin